

Fachkräftepolitik stärken – Positionen des DGB Baden-Württemberg

Um heutige und künftige Fachkräftebedarfe zu decken, spricht sich der DGB Baden-Württemberg für verstärkte Maßnahmen des Landes unter Beteiligung der Sozialpartner aus. Im Zentrum muss eine verstärkte Weiterbildungs- und Qualifizierungspolitik stehen, die die Aktivitäten in den Betrieben und Branchen unterstützt. Handlungsbedarf gibt es aber auch bei der öffentlichen Daseinsvorsorge, die eine wichtige Rahmenbedingung der Fachkräftegewinnung darstellt.

1. Stärkung der dualen Berufsausbildung

Die größten Potenziale zur Gewinnung von Fachkräften liegen in der jungen Generation.

Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Kammern und Land sollen die *qualitativen* wie *quantitativen* Defizite des Ausbildungssystems im Südwesten tiefgehend identifizieren und geeignete Maßnahmen entwickeln, damit mehr junge Menschen eine Ausbildung erfolgreich abschließen.

Qualitativ muss das Ziel sein, die hohe Zahl an Ausbildungsabbrüchen deutlich zu reduzieren. Quantitativ muss das Ziel sein, mehr ausbildungsberechtigte Betriebe in die Berufsausbildung einzubeziehen und ein auswahlfähigeres Ausbildungsplatzangebot zu schaffen.

Die verschiedenen prekären Schnittstellen beim Übergang von der Schule in die Berufsausbildung müssen überprüft und optimiert werden, damit niemand dort verloren geht. Ziel muss es sein, dass jeder interessierte junge Mensch eine Ausbildungsgarantie erhält und diese vorrangig in einer betrieblichen Ausbildung eingelöst werden kann.

Betriebe sollten proportional zu ihrer Beschäftigtenzahl eine bestimmte Anzahl an Ausbildungsstellen anbieten. Wenn diese Quoten mit freiwilligen Selbstverpflichtungen

nicht erfüllt werden können, sollten die entsprechenden Mittel dafür mit einer Ausbildungsabgabe solidarisch von den Unternehmen aufgebracht und verteilt werden.

Zudem gibt es große brachliegende Fachkräftepotenziale unter Erwerbstätigen ohne Berufsabschluss. Hier gilt es, für die betroffenen Beschäftigten ein passgenaues Angebot zu entwickeln, damit sie einen Berufsabschluss nachholen können, der ihrer Lebenslage entspricht.

2. Stärkung der Weiterbildung in der Transformation in Betrieben und Branchen

Gewerkschaften, Betriebsräte und Personalräte sehen Weiterbildung und Qualifizierung als Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Fachkräftestrategie. In Betrieben muss daher Weiterbildung und Qualifizierung gestärkt werden. Es braucht darüber hinaus Arbeitszeiten, die zum Leben passen.

Die ressortübergreifende Weiterbildungsstrategie des Landes und bestehende Qualifizierungstarifverträge in der Industrie bilden zusammen geeignete Voraussetzungen zur Steigerung der Weiterbildungsbeteiligung in der Transformation.

Programme und Projekte für Weiterbildung zur Unterstützung von Betrieben müssen eine sozialpartnerschaftliche Herangehensweise stärken. Das bedeutet konkret, dass Betriebe mit Arbeitnehmervertretung (AV) bei einer Förderung durch das Land nachweisen müssen, dass die AV in die Planung und den Prozess eingebunden wurde und wird.

Die Weiterbildungsstrategie muss regelmäßig in ihrer Wirkung evaluiert und langfristig finanziert werden. Insbesondere die Weiterbildung für „Future Skills“ muss in hierbei in geeigneter Weise gestärkt werden.

Ein Qualifizierungseinkommen, das im Koalitionsvertrag der Landesregierung angekündigt ist, könnte sowohl berufliche Mobilität für den/die einzelne ermöglichen als auch den Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit in der Transformation. Dieses Instrument ergänzt das Qualifizierungsgeld, das der Bund einführen wird. Hierzu ist eine enge Verzahnung beider Vorhaben anzustreben.

3. Gute und chancengerechte frühkindliche Bildung

Die Landespolitik soll Ausbau und Qualitätsverbesserungen in der frühkindlichen Bildung als wichtige Grundlage für einen späteren erfolgreichen Bildungs- und Berufsweg forcieren.

Besonders Kinder mit schlechten Startchancen, für deren späteren schulischen und beruflichen Erfolg hochwertige frühkindliche Bildungsangebote entscheidend sind, sollten so früh wie möglich in den Genuss frühkindlicher Bildung kommen. Voraussetzung hierfür ist selbstverständlich ein entsprechendes Angebot.

Das Land ist aufgerufen, die Kommunen dabei zu unterstützen, den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder von 2026 an zu verwirklichen.

4. Höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen

Wenn Frauen mehr Möglichkeiten haben, berufstätig zu sein oder so viel zu arbeiten, wie es zu ihrer Lebenssituation passt, leisten sie einen relevanten Beitrag zur Behebung von Engpässen auf dem Arbeitsmarkt. Vor allem in den Branchen Erziehung und Pflege, in denen viele Frauen beschäftigt sind, können Kapazitäten gewonnen werden. Voraussetzung hierfür sind gesunde Arbeitsbedingungen, eine verbindliche Personalbemessung und eine verlässliche Kinderbetreuung.

Baden-Württemberg muss stärker in die sogenannten Careberufe investieren, die besser bezahlt und aufgewertet werden müssen. Bessere Arbeitsbedingungen und Personalausstattungen steigern auch die Qualität der Versorgung und der Erziehung.

5. Tarifbindung stärken, Baden-Württemberg zum Musterland für gute Arbeit machen

Es braucht einen neuen Konsens zwischen Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und der Landesregierung: Gute Arbeit und die Anwendung von Tarifverträgen ist eine elementare Voraussetzung für eine langfristige Fachkräftesicherung. Im Wettbewerb um Arbeitskräfte werden diejenigen Branchen im Vorteil sein, die gute Arbeitsbedingungen aufgrund von Tarifverträgen und Mitbestimmung bieten.

Das ist schon heute so: Betriebsräte, DGB und Gewerkschaften setzen sich für gute Arbeitsbedingungen und Weiterbildungschancen ein und sichern somit Beschäftigung in Zeiten von Transformation, Globalisierung und Digitalisierung.

Sinkende Tarifbindung und Prekarisierung der Arbeit gefährden hingegen Innovationsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung im Südwesten.

Die Landesregierung soll deshalb die Anwendung von Tarifverträgen zur Grundvoraussetzung aller öffentlichen Auftragsvergaben von Land und Kommunen erklären. Die Reform des Landestariftreue- und Mindestlohngesetzes muss entsprechend gestaltet werden.

Die Landespolitik soll zudem eine Initiative zur Ausweitung tariflicher Mindestlöhne durch Allgemeinverbindlichkeit starten: Baden-Württemberg soll gegenüber den Arbeitgeberverbänden für mehr Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifverträgen durch den Landestarifausschuss werben. Damit könnten auch positive Anreize für Betriebe gesetzt werden, Mitglied ihres Arbeitgeberverbands zu bleiben oder dort wieder einzutreten.

Das Land soll zusammen mit den Arbeitsagenturen Fachkräftebedarfe in bestimmten Berufen, Branchen bzw. Regionen belastbar identifizieren und quantifizieren, Konzepte für die Qualifizierungspolitik entwickeln und in der Fläche aktiv umsetzen.

Vordringlich sind Initiativen des Landes zur Gewinnung und Qualifizierung von mehr Fachkräften für die frühkindliche und schulische Bildung sowie für die Pflege. Für diese Branchen trägt der Staat weitestgehend selbst Verantwortung bei der Finanzierung, als Arbeitgeber für die Arbeitsbedingungen und bei der Gestaltung der Aus- und Weiterbildung.

Zur Behebung des Ärztemangels, vor allem im ländlichen Raum, soll die Landesregierung die Zahl der Medizinstudienplätze an den Universitäten deutlich erhöhen.

6. Für gute und sichere Arbeit auch für ältere Beschäftigte

Gesunde Arbeit während des gesamten Arbeitslebens ist Bestandteil jeder Fachkräftestrategie. Im Interesse aller Beschäftigten soll der betriebliche Arbeits- und Gesundheitsschutz verbessert werden. Das Land Baden-Württemberg soll die staatliche Gewerbeaufsicht personell deutlich aufstocken, damit gerade Kleinbetriebe in Fragen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes stärker beraten und unterstützt werden können.

Ältere Beschäftigte über 50 Jahren sind stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als jüngere und treffen oftmals auf Vorbehalte bei Arbeitgeber*innen, wenn sie eine neue Stelle suchen. Dabei können sie einen wichtigen Beitrag leisten zur Fachkräfteversorgung, wenn sie Gelegenheit bekommen, sich mit ihren Erfahrungen einzubringen und auch Neues zu beginnen.

Die Arbeitgeber sollen deshalb Ältere gleichberechtigt bei Stellenvakanzen berücksichtigen und die Arbeitsumgebungen alters- und alternsgerecht gestalten.

7. Gesteuerte Fachkräftezuwanderung und bessere Integration

Mit gesteuerter Fachkräftezuwanderung können zielgerichtet Fachkräfte aus dem Ausland mit hierzulande gesuchten Qualifikationen gewonnen werden. Einen internationalen Brain-Drain wollen wir gleichwohl verhindern.

Menschen mit Zuwanderungshintergrund, die bereits in Baden-Württemberg leben, müssen besser in Ausbildung und Arbeit integriert werden und ihre Qualifikationen müssen unbürokratischer anerkannt werden. Zudem muss das Angebot an Deutschkursen ausgebaut werden.

8. Für eine aktive Wohnungspolitik

Damit die Fachkräfteversorgung nicht an fehlenden oder nicht leistbaren Wohnungen scheitert, benötigt Baden-Württemberg mindestens 100.000 neue Wohnungen im Jahr. Planungs- und Genehmigungsverfahren dazu müssen gestrafft und beschleunigt werden.

Neben privatem und genossenschaftlichem Wohnungsbau kann dieses Ziel nur mit einer aktiveren öffentlichen Wohnungsbaupolitik erreicht werden. Dazu sind erheblich mehr Initiativen und höhere Investitionen des Landes als in der Vergangenheit erforderlich, einschließlich Investitionen in die soziale und verkehrstechnische Infrastruktur.

Das Land Baden-Württemberg soll dazu eine Landesentwicklungsgesellschaft gründen, die selbst plant, baut, unterhält und vermietet und Kommunen bzw. kommunale Wohnungsbaugesellschaften unterstützt.

9. Mehr private und öffentliche Investitionen

Stärkere private wie öffentliche Investitionen in die Steigerung der Produktivität in der Privatwirtschaft wie im öffentlichen Dienst beispielsweise in Forschung und Entwicklung, Elektrifizierung und Prozessoptimierungen können helfen, Beschäftigte von bestimmten Tätigkeiten zu entlasten und Fachkräftemängel zu verhindern.

Dazu soll die Landesregierung - auch zur Erreichung der Klimaziele - mit einem ‚Green New Deal‘ vorrangig in Bildung, Forschung, nachhaltigen Verkehr, erneuerbare Energie und flächenschonenden Wohnungsbau investieren.

Aber auch die Digitalisierung einer bürgernahen Verwaltung ist eine vordringliche Aufgabe: einerseits, um das Land attraktiv zu halten für Zuwanderung und andererseits, um den öffentlichen Dienst als Arbeitgeber zu modernisieren.

Stuttgart, 17. Januar 2023